

LEITARTIKEL

Nach uns die Sintflut?

Kanzler Friedrich Merz fordert „mehr Tempo“ beim Klimaschutz – das gilt auch für ihn selbst

Um zu verstehen, was beim Klimaschutz schief läuft, helfen zwei Zahlen. Die erste: Brasilien, wo am Montag die Weltklimakonferenz beginnt, schlägt eine Art Investmentfonds für die Regenwälder vor – den „Tropical Forest Forever Facility“ (TFFF) – 125 Milliarden US-Dollar sollen eingezahlt werden, zu einem Fünftel von den UN-Staaten, der große Rest aus privatem Kapital, Rendite versprochen.

Das Ziel: Länder zu entschädigen, die auf Einnahmen durch Abholzung verzichten. Denn je mehr die Regenwälder schrumpfen, desto weniger CO₂-Mengen können sie speichern, was die Erhitzung der – ganzen – Erde vorantreibt. Auch in Deutschland. Bisher haben in Belém aber nur wenige Regierungen Zusagen gemacht. Kanzler Friedrich Merz (CDU) will Deutschland beteiligen, den Fonds aber auf Rentabilität und Risiko überprüfen, bevor er einen Betrag nennt.

Die andere Zahl ist eine Quittung: Allein 2024 haben nach Angaben der Industriestaaten-Organisation OECD klimabedingte Katastrophen Schäden von über 285 Milliarden Euro verursacht. Durch Dürren,

KRISTINA DUNZ
ksta-politik@kstamedien.de

und Regierungschefs in Belém verspürte, hat er vor Ort überraschend Gefallen daran gefunden. Der Kanzler, der vor kurzem spöttisch infrage stellte, dass sich auf der Welt etwas änderte, wenn Deutschland heute klimaneutral wäre, wählte plötzlich seine Worte.

Er setzte zwar seinen Schwerpunkt auf die Wirtschaft, die durch Klimaschutz nicht gefährdet werden dürfe, weil es sonst auch an Akzeptanz in der Bevölkerung fehle. Damit hat er grundsätzlich recht. Aber weil sich unsere Lebensgrundlagen ohne besseren Klimaschutz drastisch verschlechtern werden, war es gut, dass Merz persönlich hier „mehr Tempo“ forderte.

Leider wiederum hatte er vor seiner Brasilien-Reise selbst nicht in den Turbo geschaltet, sodass er eine Summe für den Regenwaldfonds schuldig blieb. Wenn Merz ernst genommen werden will, muss er noch für die Verhandlungen in Belém den „namhaften“ Betrag nachliefern, den er in Aussicht gestellt hat.

Klimaschutz hat in Deutschland gegenwärtig wenig Konjunktur. Russlands Krieg gegen die Ukraine, der brutale Konflikt zwischen Israel und Palästinensern, das Abschlagen im Sudan, die Polarisierung der Gesellschaft, die schlechte Wirtschaftslage und nicht zuletzt der Ausstieg der USA aus dem Klimaabkommen – das alles löst Zukunftsängste aus. Was soll der individuelle Beitrag zum Klimaschutz schon bringen, wenn sich die Welt auch ohne Erderwärmung zerstört?

Wahr bleibt trotzdem, was das Bundesverfassungsgericht 2021 in sein wegweisendes Klima-Urteil geschrieben hat. Danach muss der Staat mit den natürlichen Lebensgrundlagen „so sorgsam“ umgehen und sie „in solchem Zustand“ hinterlassen, „dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltungen weiter bewahren könnten.“

Sonst würden wir sagen: Nach uns die Sintflut. Das will aber doch niemand den Kindern und Enkeln antun. Deshalb geht Klimaschutz – trotz anderer Krisen – nicht irgendwann, sondern nur jetzt. Der Regenwald von Brasilien ist nur ein Beispiel.

Klimaschutz hat in Deutschland gegenwärtig wenig Konjunktur

Überschwemmungen, Stürme. Es zahlten Staaten, Versicherungen, Bürger – und 16.000 Menschen mit ihrem Leben.

Über Geld dürfte in Belém wie bei vielen vorherigen UN-Klimakonferenzen erbittert gestritten werden. Was uns die Erderwärmung bereits jährlich kostet, fällt jedoch meistens unter den Tisch. Der Fonds wäre ein Klacks gegen das, was uns erwartet, wenn die Weltgemeinschaft ihr Klimazielen auf dem Pariser Abkommen von 2015 verfehlt – wonach es gerade aussieht –, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Dafür, dass Merz ursprünglich wenig Lust auf das Treffen der Staats-

KOMMENTAR

Burmesters Mut zum Risiko

Minderheitsregierung könnte Köln zum Vorbild machen

Der Haushalt der Stadt Köln ist größer als der des Saarlandes. Aber Köln ist kein Bundesland, nicht einmal Landeshauptstadt. In Köln, Deutschlands einziger Millionenstadt ohne Sonderstatus, schlägt es zu eins durch, was die Politik in Berlin auf Kommunen abwälzt: explodierende Sozialausgaben, wuchernde Bürokratie und Berichtspflichten, hohe Flüchtlings- und Integrationskosten – bei sinkenden Gewerbesteuererträgen. Köln hat gerade eine Haushaltssperre verhängt.

GERALD SELCH
gerald.selch@kstamedien.de

Denn: Burmester hätte eine stabile linke Mehrheit bilden können, will aber nicht, da ihn massive Stimmen aus dem konservativen Lager ins Amt trugen. Deshalb appelliert an alle demokratischen

Fraktionen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Ob das gelingt, ist offen. Der politische Alltag in Köln war zuletzt eher von Misstrauen als von Miteinander geprägt. Der Plan von Oberbürgermeister Burmester für Köln ist riskant, aber mutig. Es ist der Versuch, auf kommunaler Ebene aus der Erstarrung auszubrechen, die die deutsche Politik seit Jahren lähmt: Brandmauer gegen rechts, Misstrauen nach links, Unvereinbarkeitsbeschlüsse – immer öfter ersetzen Prinzipien den nötigen Pragmatismus.

Eine Minderheitsregierung zwingt Parteien, offen Kompromisse zu suchen. Das ist anstrengend, aber ehrlich. In Skandinavien sind solche Modelle längst Normalität, hierzulande gelten sie als Risiko. Wenn der Versuch gelingt, könnte Köln zum Vorbild werden und wieder ins Machen kommen, was bei allen Problemen alternativlos ist.

Bundesweite Strahlkraft
Ausgerechnet hier – oder gerade deswegen – soll jetzt ein politisches Experiment beginnen: Oberbürgermeister Torsten Burmester will Köln ohne feste Koalition führen, getragen von wechselnden Mehrheiten ohne AfD. „Eine klassische Koalition wird es nicht geben“, schrieb der SPD-Politiker am Wochenende in einem Gastbeitrag für den „Köln Stadt-Anzeiger“. Eine Aussage, die im politisch seit Jahren festgefahrenen Köln für Unruhe sorgt. Und eine deutliche Ansage, die bundesweite Strahlkraft besitzt.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Die Gefahren diesseits der Brandmauer

Wenn die Abgrenzung nach Rechtsaußen dazu führt, dass Politik sich festfährt und keine Probleme mehr löst, spielt das automatisch der AfD in die Hände



STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts für tiefenpsychologische Marktforschung. In seiner Kolumne spricht er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen. Soeben ist Grünewalds neues Buch „Wir Krisenakrobaten“ (Verlag Kiepenheuer & Witsch) erschienen

Herr Grünewald, „deutsche Zustände“ sind Ihr Thema. Lassen Sie uns trotzdem mit holländischen Verhältnissen beginnen: Nach der Niederlage des Rechtspopulisten Geert Wilders in den Parlamentswahlen der Niederlande kamen in Deutschland Stimmen auf, Wilders und seine Partei PVV hätten sich in der Regierungsarbeit unmöglich gemacht. Entzauberung durch Einbindung sei demzufolge auch für den Umgang mit der AfD die bessere Strategie als das Betonieren der Brandmauer. Was sagen Sie als Psychologe?

Die Brandmauer-Metapher ist psychologisch problematisch, da sie eine Spaltung festschreibt. Zu DDR-Zeiten hieß die Mauer „antifaschistischer Schutzwall“, bis sie ins Wanken geriet und schließlich von den Bürgern eingerissen wurde. Gleichwohl würde ich derzeit weder der CDU noch der SPD raten, die Brandmauer einzureißen, denn bei uns sind die Ängste vor einem erneuten Fall in den Faschismus so stark, dass die demokratischen Parteien sich wohl halbieren würden, sollten sie eine Zusammenarbeit mit der AfD auch nur erwägen.

Die Verluste der vergangenen Jahre sind auch nicht ohne – und derweil hat die AfD ihre Umfrage- und Wahlergebnisse verdoppelt. Soll die Brandmauer Bestand haben, schließt das die Verpflichtung der Koalition zu einer richtunggebenden Geschlossenheit ein. Die Menschen haben das Gefühl, das Land steckt fest und kommt wegen politischer Selbstlähmung nicht voran. Das macht die AfD hinter der Brandmauer zur lachenden Dritten und zu einer immer größeren Projektionsfigur: „Wenn die an der Macht wären, lief alles besser...“ Und da die AfD ja im sicheren Abseits steht, kann sie ihre Versprechen verbal zuspitzen, ohne auch nur eines davon einzulösen. Umso mehr rate ich dazu, die soziale Brandmauer einzureißen.

Was meinen Sie damit?
Wir sollten AfD-Wählern nicht grundsätzlich brandmarken und in die rechtsradikale Ecke stellen. Oft machen Wähler die Erfahrung, dass sie im Bekanntenkreis aussortiert werden, weil sie eine ultrakonservative Position beziehen. Sie haben dann das beschämende Gefühl, ihre Heimat in der bürgerlichen Mitte zu verlieren, und machen sich mitunter gekränkt auf die Suche nach einer alternativen Heimat, in der sie sich dann langsam radikalisierten. Daher ist es wichtig, als Gesellschaft im Gespräch zu bleiben, eine produktive Streitkultur zurückzugewinnen: Seine Positionen klar und deutlich zu artikulieren, aber dem Andersdenkenden gleichzeitig signalisieren, dass man ihn als Mensch respektiert.

Der Zuwachs der AfD resultiert ja wohl nicht nur aus Kränkungs-erfahrungen?

Angeichts des Gefühls, dass das Land feststeckt, bespielt die AfD eine doppelte Verheißung. Auf der einen Seite verspricht sie die Rückkehr in die Beschaulichkeit und wirtschaftlichen Stärke der alten Bundesrepublik, wo es noch klare Rollenmuster gab, eine stabile Ordnung und nicht diese ganze babylonische Verwirrung. Auf der anderen Seite haben viele die Wahrnehmung, die AfD sei so eine Art Korkenzieher, der den Pfropfen aus der Flasche holt und neue Kräfte freisetzt.

Ihre Empfehlung zur Brandmauer, sagen Sie, gelte für Schwarz-Rot gleichermaßen. Die Ausgangslage ist allerdings sehr unterschiedlich: Es ist die Union, die als konservative Kraft zusammen muss, ob und wie sie die Drift der Wähler zur AfD aufhalten oder rückgängig machen kann. Richtig. Der Abgrenzungsspagat ist für die CDU/CSU viel schwieriger. Viele konservative Positionen wurden in der Merkel-Ära aufgeweicht oder ganz aufgegeben. Wo die Union an Profil und Unterscheidbarkeit verloren hat, ist die AfD in die Lücke gesprungen. Wir haben in unseren Studien festgestellt, dass Wähler von Union und AfD sich – abseits der radikalen Programnteile der AfD – ganz gut verstehen. Das wird der Parteiführung nicht verborgen geblieben sein, die das Gefühl hat, die AfD sitzt ihr im Nacken. Spiegelbildlich hat die SPD ein ähnliches Problem mit der erstarkten Linkspartei.

Wosoll dann, bitte, die „richtunggebende Geschlossenheit“ bei Union und SPD herkommen?
Erstens aus einer gemeinsamen Konzentration auf die Probleme, die hier im Land zu lösen sind: Wohnraum-Mangel, marode Infrastruktur, Bürokratisierung – das, was den Leuten ständig das Gefühl einer gestauten Bewegungsenergie vermittelt. Und zweitens aus einer ehrlichen, klaren Ansage, worauf die Bürger sich einzustellen haben. Die Dauerbeschwichtigung „Wir kriegen über Sondervermögen die Probleme gewuppt, ihr müsst euch nicht anstrengen, ihr müsst nichts än-

dern, es kann alles so bleiben, wie es ist“ führt am Ende nur dazu, dass sich die Unzufriedenheit immer weiter aufstaut.

Aber was ist dann mit der Idee, die AfD in die Verantwortung zu zwingen – zumindest auf kommunaler Ebene, wo es ja seltener um Fragen von Ideologie und Verfassungstreue geht, sondern um Schulen, Schwimmbäder, Baustellen, Schlaglöcher?

Die Leute müssen merken, dass Dinge angepackt und gelöst werden – ohne die AfD. Wenn die Abgrenzung – Stichwort Brandmauer – dazu führt, dass Politik sich vollends festfährt, dann spielt das automatisch wieder der AfD in die Hände und bewirkt so das Gegenteil von dem, was beabsichtigt ist.

Vieles, was bei uns passiert, hat vorher schon in Amerika stattgefunden. Wir sehen, wie dort der Trumpismus an die Grundfesten der US-Demokratie rührt. Zuletzt gab es aber auch erste Anzeichen für erfolgreiche Gegenwehr. Wäre daraus etwas zu lernen?

Wenn ich den Wahlsieg des Demokraten Zoran Mamdani in New York nehme, dann gibt es daraus dreierlei zu lernen. Es braucht erstens charismatische Führungspersönlichkeiten, die mit Verve aus dem Bewegungstau führen. Erfolgreiche Politik muss zweitens an den elementaren Nöten der Menschen ansetzen. Und sie muss drittens klare Ziele benennen – verbunden mit der Ansage von damit verbundenen Anstrengungen, Zumutungen und möglicherweise sogar eigenen Einbußen. Ich habe das in meiner vorigen Kolumne mit dem Märchen von den Bremer Stadtmusikanten zu illustrieren versucht. Da sind die Parallelen offensichtlich.

Benennen Sie sie trotzdem noch mal!

Das Märchen beschreibt, dass man in einer lebensbedrohlichen Ausgangslage Zuversicht braucht: „Etwas Besseres als den Tod zu finden wir allemal.“ Diese Zuversicht braucht aber ein klares Ziel: Auf nach Bremen! Ein Aufbruch wiederum gelingt nur, wenn wir untereinander verbunden sind. Die vier grundverschiedenen Tiere im Märchen – Esel, Katze, Hund und Hahn – kennen sich zu ihren Schwächen, aber sie ergänzen sich. Sie bauen aufeinander und bilden eine wirkmächtige Gemeinschaft, die stärker ist als die Summe ihrer Mitglieder. So erobern und verteidigen sie bezahlbaren Wohnraum. Auch unsere Gesellschaft braucht klare Ziele und eine neue Verbundenheit. Dann können wir über uns hinauswachsen und Großes leisten.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

Steinmeiers Warnschuss

Die energische Ansage des Bundespräsidenten ist richtig

STEVEN GEYER

Lange war Nachgeborenen unbegreiflich, wie das so fortschrittliche Deutschland einst so schnell in eine Diktatur umkippen konnte. Heute haben wir ein recht plastisches Gefühl dafür: Nicht nur in Russland und der Türkei, auch in Demokratien wie Ungarn und sogar den USA sind Kräfte an der Macht, die gar nicht daran denken, je wieder von ihr zu lassen. Die gegen Kritiker vorgehen, Justiz und Wahlsystem zu ihrem Vorteil umbauen.

Es war erstaunlich, aber richtig, wie klar die Warnung ausfiel, für die der Bundespräsident das Gedenken an den 9. November nutzte: Auch in Deutschland könne das – wieder – passieren. Allein seine Aufzählung der Alarmzeichen ist beängstigend: Demokratiefeinde in Parlamenten und Behörden, Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien, die sich als bürgerlich tarnen, aber in Wortwahl und Programm so radikal sind wie ihre autokratischen Gesinnungsbrüder im Ausland.

Dazu kommt der von Steinmeier nicht angesprochene Wahnsinn, dass nach dem Scheitern einer Regierungskoalition deren Nachfolger mit denselben Spielchen, der gleichen Kompromissunfähigkeit und ähnlich destruktiven Debatten weiterma-

Das Schlimmste wäre, wenn wir die Rede jetzt abtropfen lassen

chen: Stichwort Stadtbild, Syrien, Sozialreformen. Vom Kulturkampf um Gendersprache, Wurst und Catcalling ganz zu schweigen. Als würde das Vertrauen in die Mitte nicht längst rasant schwinden, trachtet diese weiter nach Applaus der eigenen Blase. Mancher blinkt offen nach Rechtsaußen, als laiere da anderes als die feindliche Übernahme.

Dass der Bundespräsident, sonst zur Zurückhaltung verpflichtet, diese Mitte so direkt aufrufen muss, sich zusammenzureißen und -zu-raufen, ist beängstigend. Ist die Lage schon so dramatisch? Das Schlimmste wäre, wenn wir die Rede jetzt abtropfen lassen – und uns später fragen, warum uns die in Zeitlupe ablaufende Machtübernahme durch die deutschen Trumps und Orbans nicht aufgefallen ist.



KÖLN STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen
KÖLN STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Selch.
Stellvertreter des Chefredakteurs: Christian Hümmler.
Stellvertretende Chefredakteur: Dr. Sarah Brack.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Gerhard Voigt (Landespolitik).
Korrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Giesel.
Politik/Nachrichten: Wolfgang Wagner, Julian Preuten; Köln: Kendra Stenzel; Wirtschaft/Arbeit/Leben: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; Sport: Christian Lör; Kultur: Anne Burgmer; Chefredakteur: Tim Attenberger (Köln), Peter Berger, Thorsten Breikopf (Wirtschaft), Lena Heising, Matthias Hendorf (Köln), Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg, Lars Werner (Sport).
Chef vom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer.
Alle verantwortlich und verantwortlich in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Lg.) RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtentagungen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224-2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln.
Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Regine Runte, Christian Hümmler.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2025 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz.
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332
E-Mail: abo-kundenservice@tagesszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2491
E-Mail: anzeigen@tagesszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de